

OA-Update Sanktionen – 2022/45

Entwicklungen seit dem 22. Juli

(Stand: 05. August, 12:00 Uhr)

Inhalt:

- **1. Aktuelle Informationen / Deutschland**
- **2. Termine**
- **3. EU-Sanktionen gegen Russland**
- **4. Russland-Gegensanktionen**
- **5. Sanktionen der USA**
- **6. Sanktionen weiterer Länder**
- **7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**
- **8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft – Beteiligungsmöglichkeiten**
- **9. Hilfsaktionen**

1. Aktuelle Informationen / Deutschland

OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie auf unseren Internet-Seiten: [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Zur Task Force gehören die Geschäftsführung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regionaldirektionen für Russland und Osteuropa, der AG Agrarwirtschaft/German Agrobusiness Alliance sowie des Bereichs Presse und Public Affairs. Die Kontaktdaten finden Sie auf unserer Homepage unter [Kontakt](#).

Gewinnung russischer Fachkräfte - Informationsangebote

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft setzt sich in engem Austausch mit der Bundesregierung für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für hochqualifizierte Fachkräfte aus Russland ein. Dabei geht es einerseits um Beschleunigung der Visaverfahren für Relokation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter deutscher und internationaler Unternehmen nach Deutschland sowie um schnelle Verfahren für neu rekrutierte Fachkräfte.

„Kurzinformationen für Arbeitgeber“ sind zu diesem Thema auf dem Portal „[Make it in Germany](#)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](#) abrufbar.

Ergänzend wird auf dem Portal zeitnah eine englische und russische Sprachversion auf der englischsprachigen Arbeitgeberseite bzw. der russischen Länderseite zur Verfügung gestellt. Mit den Kurzinformationen möchte die Bundesregierung interessierte Unternehmen durch Bündelung der wichtigsten Informationen bei der Gewinnung von russischen Fachkräften unterstützen.

Wir freuen uns über Ihre Fragen und Anmerkungen und planen nach der Sommerpause einen Erfahrungsaustausch der Mitgliedsunternehmen zu diesem Thema. Über den genauen Termin werden wir Sie so schnell wie möglich informieren.

Bei Rückfragen stehen Ihnen als Ansprechpartnerinnen im Ost-Ausschuss [Petja Hristova](#), Leiterin des Arbeitskreises Fachkräftesicherung, und [Dr. Christiane Schuchart](#), Regionaldirektorin Russland, sehr gern zur Verfügung

Umgang mit Desinformation

Eine Unterarbeitsgruppe Russland/Ukraine der Bundesregierung befasst sich unter Federführung des Bundesministeriums des Inneren mit dem Thema Desinformation im Kontext des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Das Bundesministerium für Digitales und Verkehr ist in der Unterarbeitsgruppe vertreten. Die Unterarbeitsgruppe hat einen Onepager (auch in Russisch und Ukrainisch) sowie FAQ zu „Desinformation im Kontext des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine“ erstellt. Die Unterlagen können beim Ost-Ausschuss abgerufen werden.

Weitere Informationen zum Thema:

[BMI - Top-Themen - Desinformation als hybride Bedrohung \(bund.de\)](#)

Staatshilfe:

Nur 13 von 1500 Unternehmen stellten bislang Anträge – Antragsfrist endet am 31.8.

Energieintensive Unternehmen halten sich bislang mit Anträgen auf staatliche Hilfen zurück berichtet die „Welt“. Seit Programmstart Mitte Juli stellten demnach erst 13 Unternehmen einen Antrag auf Zuschüsse zu ihren gestiegenen Energie- und Stromkosten, teilte das zuständige Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) auf Anfrage der „Welt“ mit. Anspruchsberechtigt sind eigentlich mehrere hundert Unternehmen.

Den schleppenden Antragsstart führt das Bundesamt nicht auf ein generelles Desinteresse an dem bereits im April vorgestellten Energiekostendämpfungsprogramm zurück. Im Gegenteil: „Das Bafa sieht ein starkes Interesse, das Programm läuft aber in der praktischen Umsetzung erst an“, hieß es von Seite der Behörde.

Die Antragsfrist endet am 31. August. Insgesamt stehen bis zu fünf Milliarden Euro zur Verfügung. Pro Unternehmen ist die Hilfe bei einer Höhe von maximal 50 Millionen Euro gedeckelt. Zu den ersten Auszahlungen soll es Mitte August kommen.

Voraussetzung für den Zuschuss ist, dass sich die Kosten für Gas und Strom zwischen Februar und September dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt haben. Das Unternehmen muss zudem einer energie- oder handelsintensiven Branche angehören.

[Energiepreise: Verschmähte Staatshilfe? Industrie stellt kaum Anträge - WELT](#)

Dpa

Habeck nennt EU-Krisenplan zum Energiesparen „starkes Zeichen gegen EU-Verächter“

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat die Einigung auf einen europäischen Notfallplan zur Drosselung des Gaskonsums als ein „starkes Zeichen gegen alle Spötter und gegen alle Verächter“ der EU bezeichnet. Vor der Einigung habe es in der Berichterstattung

geheißen, Europa sei zerstritten, es werde nicht gelingen und keiner wolle Gas einsparen, sagte der Grünen-Politiker in einer Sitzung beim EU-Sondertreffens zur Gaskrise in Brüssel. Dies sei nun aber innerhalb von nur fünf Tagen gedreht worden. Viele seien bereit, einen halben Schritt mehr zu gehen, als es eigentlich die nur nationalen Interessen notwendig machten.

Die vom russischen Gaskonzern Gazprom vorgenommene Drosselung der Gaslieferungen bezeichnete Habeck als klare Strategie aus dem Kreml. „Ich glaube, dass Gazprom selber, also der Konzern, gar nicht mehr Herr seiner eigenen Entscheidungen ist. Die Farce um diese kanadische Turbine spricht da eine eindeutige Sprache“, sagte er. „Es wird alles politisiert und Absprachen werden nicht mehr eingehalten.“

Dem Kreml gehe es dabei nach Ansicht von Habeck um „zwei strategische Druckmomente“. Der erste sei, über den hohen Gaspreis in Europa die Solidarität in Europa aufzubrechen. Der zweite sei der Druck auf Nord Stream 2. Immer wieder höre man derzeit aus dem Kreml, es gebe ja noch eine zweite Pipeline, die nach einer Genehmigung Gas im Überfluss liefern könnte. Habeck sagte dazu: „Nord Stream 2 zu genehmigen, wäre die Abhängigkeit von russischem Gas noch einmal zu verstärken - das Gegenteil von dem, was wir das letzte halbe Jahr hier unternommen haben - und damit aber natürlich auch die Kapitulation mit allen Sanktionsmaßnahmen, die wir ergriffen haben.“

Gazprom will zusätzliche Garantien für Turbinenlieferung

Offenbar ist der staatliche russische Gasversorger Gazprom höchst besorgt, westliche Sanktionen zu verletzen. Die von Kanada, der EU und Großbritannien verhängten Sanktionen machten die Lieferung der mittlerweile in Deutschland befindlichen und von Bundeskanzler Olaf Scholz in Mülheim besichtigten Gasturbine unmöglich, heißt es in einer Gazprom-Erklärung. Die Bundesregierung und das Unternehmen Siemens Energy versichern hingegen, die Turbine könne jederzeit nach Russland überführt werden.

Kreml-Sprecher Peskow erklärte in russischen Medien, es sei wichtig, rechtliche Dokumente zu erhalten, aus denen hervorgehe, dass die Turbine nicht unter Sanktionen falle. Worte reichten nicht aus. Gazprom wolle die Turbine, habe aber nicht die Sanktionen verhängt. Siemens Energy bezeichnete hingegen diese russische Argumentation als nicht glaubwürdig.

Inzwischen gibt es erste Presseberichte, nach denen Gazprom mit dem Abfackeln von Erdgas begonnen habe, nachdem man die Durchleitungsmengen durch Nord Stream 1 reduziert hat. Offenbar kann das Erdgas derzeit auf keinem anderen Markt angeboten werden.

[Portovaya: Gazprom fackelt offenbar gezielt Gas an Nord Stream 1 Pipeline ab - WELT](#)

dpa:

RWE und Stena-Power erhalten Zuschlag für LNG-Terminal bei Greifswald

Das vom Bund geplante Flüssiggas-Terminal vor Lubmin bei Greifswald soll nach dpa-Informationen vom deutschen Energiekonzern RWE und der norwegischen Stena-Power betrieben werden. Dies erklärte das Bundeswirtschaftsministerium auf Anfrage. Die Inbetriebnahme sei demnach frühestens Ende 2023 vorgesehen.

Im Norden sollen nach dem Willen der Bundesregierung LNG-Terminals an vier Standorten entstehen, um unabhängiger von russischen Gaslieferungen zu werden. Das erste soll bereits zum Jahreswechsel in Brunsbüttel in Betrieb gehen. Zwei weitere Anlande- und Umwandlungsstellen, die Flüssigerdgas von Tankern aufnehmen und gasförmig machen, sind in Stade und Wilhelmshaven vorgesehen.

In Lubmin soll es nach den Planungen schließlich sogar zwei Terminals für Flüssiggas geben. Ein erstes, privates Terminal der Firma Regas soll bereits am 1. Dezember 2022 den Betrieb aufnehmen. Das Unternehmen will jährlich 4,5 Milliarden Kubikmeter von Tankern angeliefertes Erdgas in das deutsche Netz einspeisen.

[RWE und Stena-Power betreiben LNG-Terminal in Lubmin \(t-online.de\)](https://www.t-online.de)

Laufende Umfrage zum German Business Panel

Hiermit weisen wir auf eine aktuell laufende Umfrage der Universitäten Paderborn und Mannheim zum German Business Panel hin. Im Fokus der Erhebung stehen sowohl aktuelle Themen (z.B. die betriebswirtschaftlichen Folgen des Russland-Ukraine-Kriegs) als auch Fragen zu den Effekten von Regulierung in den Bereichen der Rechnungslegung und Unternehmensbesteuerung. Ihre Sicht der Dinge ist ausgesprochen wichtig für die Forschung, betonen die Forscher der Universitäten. „Nur mit Ihren Angaben können wir dazu beitragen, dass Wirkungen und Nebenwirkungen politischer Maßnahmen auf Unternehmen in Deutschland verstanden werden. Die Bearbeitungszeit beträgt ca. 5 bis 15 Minuten.“

Hier geht es zur Umfrage:

[Unternehmensbefragung - TRR 266 Accounting for Transparency \(qualtrics.com\)](https://www.qualtrics.com)

Informationen der Bundesregierung zum Krieg in der Ukraine

Auf dieser Seite hat die Bundesregierung ihr Informationsangebot zu aktuellen Entwicklungen gebündelt:

[Krieg in der Ukraine - aktuelle Informationen | Bundesregierung](#)

Bundeswirtschaftsministerium – Kontakte zu Sanktionsfragen/Russlandthemen

- Rohstoffe: buero-ivb5@bmwi.bund.de
 - Sanktionsbezogene Fragen: sven.sattler@bmwi.bund.de
 - VB2 (Sanktionen), E-Mail: Buero-VB2@bmwi.bund.de
 - Energieversorgung im BMWK: buero-iiib6@bmwi.bund.de
-

Euler Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](http://agaportal.de)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?blob=publicationFile&v=19

GTAI-Sanktionsübersicht

Über diese Internet-Seite von Germany Trade&Invest finden Sie die wichtigsten Sanktionsübersichten: [Russland-Ukraine-Konflikt \(gtai.de\)](http://gtai.de)

2. Terminübersicht

15. August: Workshop Recovery Ukraine, 11:00 Uhr

Der Ost-Ausschuss veranstaltet am 15. August 2022 ab 11:00 Uhr via MS Teams den „**Workshop Recovery Ukraine**“. Wir haben zudem die Möglichkeit **bis zu zehn Personen vor Ort in den Räumlichkeiten des Ost-Ausschusses zu begrüßen**. Sollte das Interesse an einer physischen Teilnahme die Raumkapazitäten überschreiten, bitten wir um Verständnis dafür, dass wir die Plätze nach der Reihenfolge des Eingangs vergeben. Eine Online-Teilnahme ist auf jeden Fall möglich.

Am 4. und 5. Juli 2022 hat im schweizerischen Lugano die Ukraine Recovery Conference stattgefunden. Im Rahmen des internationalen Treffens hat die Ukraine ihren nationalen Wiederaufbauplan vorgestellt, der inhaltlich mit den Ergebnissen von 24 Arbeitsgruppen ergänzt wurde, die mittelfristige Entwicklungspläne für verschiedene Bereiche in Wirtschaft und Gesellschaft erstellt haben.

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft möchte vor diesem Hintergrund gemeinsam mit seinen Mitgliedern, Trägerverbänden und weiteren interessierten wirtschaftsnahen Akteuren und Verbänden eine Arbeitsgruppe initiieren, die entlang des ukrainischen Wiederaufbauplans branchen- und industrieübergreifend Lösungen und Projekte erarbeitet und zusammenführt. Die Bereiche Infrastruktur, Bauen, Logistik, Agrar, Digitalisierung, Energie/Energieversorgung sowie Finanzen und Gesundheit haben sich bisher als besonders bedeutsam herausgestellt. Je nach Bedarf kann diese Reihe verkleinert oder erweitert werden.

Kontakt: Stefan Kägebein, Regionaldirektor für Osteuropa im Ost-Ausschuss,
s.kaegebein@oa-ev.de

23. August: Business for Business - Teil VI: Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland | online

Die Kontaktstelle Mittelstand und die Regionaldirektion Russland im Ost-Ausschuss laden via Teams zur 6. Ausgabe der Online-Veranstaltung zum Thema Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, Business for Business am Mittwoch, 23. August 2022, 14:00 Uhr, ein. Das Angebot zur Teilnahme richtet sich grundsätzlich an Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses. Interessierte Unternehmen, die kein Mitglied sind, wenden Sie sich gerne an Jens Böhlmann, Direktor Mittelstand.

Kontakt:

Jens Böhlmann
Direktor Mittelstand / Leiter Kontaktstelle Mittelstand
T. +49 30 206167 127
J.Boehlmann@oa-ev.de

3. EU-Sanktionen gegen Russland (Entwicklung seit dem 22. Juli)

EU sanktioniert früheren ukrainischen Präsidenten

Der Rat der Europäischen Union hat den ehemaligen Präsidenten der Ukraine, Viktor Fedorowitsch Janukowitsch, und dessen Sohn, Oleksandr Viktorowitsch Janukowitsch, in die im Anhang des Beschlusses 2014/145/GASP enthaltene Liste der Personen, Organisationen und Einrichtungen, die restriktiven Maßnahmen unterliegen, aufgenommen, da sie bei der Untergrabung oder Bedrohung der territorialen Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine und der Stabilität und Sicherheit des Staates eine Rolle gespielt sowie – im Fall von Oleksandr Viktorowitsch Janukowitsch – Transaktionen mit den separatistischen Gruppen in der Donbas-Region der Ukraine durchgeführt haben.

[Aggression Russlands gegen die Ukraine: EU verhängt Sanktionen gegen Viktor und Oleksandr Janukowitsch - Consilium \(europa.eu\)](#)

[EUR-Lex - L:2022:204I:TOC - EN - EUR-Lex \(europa.eu\)](#)

Warentransit nach Kaliningrad durch Litauen läuft wieder – aber nicht reibungslos

Nach der Lockerung der Transitbeschränkungen durch die EU ist der erste Zug mit zuvor sanktionierten Gütern am 26. Juli in der russischen Ostsee-Exklave Kaliningrad eingetroffen. Kaliningrad liegt zwischen den EU-Ländern Polen und Litauen rund 500 Kilometer von Berlin, aber mehr als 1.000 Kilometer von Moskau entfernt. Litauen hatte im Juni den Transit von Gütern, die auf der EU-Sanktionsliste stehen, zwischen Kernrussland und Kaliningrad gestoppt - und damit schwere Spannungen ausgelöst.

Moskau drohte mit „praktischen Gegenmaßnahmen“, sollte Litauen den Transit nicht wieder zulassen. Sogar der russisch-litauische Vertrag über die Grenzziehung wurde öffentlich in Frage gestellt. Die EU hatte daraufhin ihre Sanktionsregeln präzisiert. Russland darf demnach auf der Sanktionsliste stehende zivile Güter per Bahn ohne große Einschränkungen durch Litauen bringen.

Untersagt sind nach dem Mitte Juli veröffentlichten Dokument allerdings weiterhin Straßentransporte von russischen Expeditionen durch EU-Territorium. Zudem dürfen auch per Bahn keine Güter transportiert werden, die auch militärisch genutzt werden können. Kremlsprecher Dmitri Peskow begrüßte die Entscheidung damals als Sieg des "gesunden Menschenverstands". Moskau werde aber darüber wachen, wie die Vereinbarung umgesetzt werde.

Nach einer aktuellen Meldung von Euractiv steht der gefundene Kompromiss aber womöglich in Kürze wieder zur Diskussion. Litauische Banken planten nämlich, alle Zahlungen aus Russland einzustellen – auch die für den Kaliningrader Transit, was die Befürchtungen einer weiteren Krise aufkommen lasse.

Die Šiaulių Bankas sei derzeit das einzige Finanzinstitut, über das Russland die litauische Eisenbahn für die Beförderung von Waren von und nach Kaliningrad bezahlen kann. Die Bank habe jedoch kürzlich angekündigt, dass sie diese Zahlungen ab September nicht mehr bearbeiten werde. Ende Juli übergab der russische Gesandte dem litauischen Außenministerium demnach eine Notiz darüber.

„Ich habe persönlich eine Notiz an die Šiaulių Bankas übergeben: Bitte stellen Sie klar, es ist noch Zeit bis zum 1. September, schließlich haben Sie die Kaliningrad-Transitfrage gelöst, Sie haben alle Spannungen beseitigt. [...] Warum bereiten Sie dann einen zweiten Schlag gegen den Gütertransit vor?“ sagte Sergej Rjabkow, Moskaus amtierender Geschäftsträger in Litauen, gegenüber den russischen Medien.

Der litauische Außenminister Gabrielius Landsbergis kritisierte diese öffentliche Wortmeldung des russischen Gesandten. „Wir haben die Notiz erhalten, gelesen und an unsere Kollegen im Ministerium für Verkehr und Kommunikation weitergeleitet. Sanktionen im Bereich des Verkehrs fallen in jedem Fall in die Zuständigkeit des Ministeriums für Verkehr und Kommunikation“, sagte Landsbergis. Er fügte hinzu, dass Rjabkows Versuch, das Thema in den Medien anzusprechen, ein weiterer Versuch Moskaus darstelle, die Spannungen im Zusammenhang mit dem Kaliningrader Transit zu verschärfen.

Verkehrsminister Marius Skuodis erklärte, die Angelegenheit sei eine Sache zwischen Russland und den Privatbanken. „Der Staat kann die Banken in keiner Weise zwingen, es wird von ihren eigenen Entscheidungen abhängen.“

„Da der Ermittlungsdienst für Finanzverbrechen [FNTT] für die Umsetzung von Finanzsanktionen verantwortlich ist, ist ihre Meinung entscheidend. Die Position des Ministeriums für Verkehr und Kommunikation, des Außenministeriums und anderer Ministerien ist wichtig, aber die FNTT hat die Kontrolle“, sagte er in Vilnius.

Er fügte jedoch hinzu, dass das Ministerium der Meinung sei, dass die Zahlungen zugelassen werden sollten. Skuodis bezeichnete die derzeitige Situation auch als verwirrend, weil sich die Umsetzung der Sanktionen ständig ändert.

[Transitfrage nach Kaliningrat könnte erneut Krise auslösen – EURACTIV.de](#)

[EU-Transitlockerung: Sanktionswaren erreichen Kaliningrad - ZDFheute](#)

Debatte über Sanktionswirkung

Im Gespräch mit der Deutschen Welle zeigt sich der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell davon überzeugt, dass die europäischen Sanktionen gegen Russland ihre Wirkung entfallen. Die Deutsche Welle sprach mit ihm und fasst die bisherigen EU-Sanktionsmaßnahmen zusammen:

„Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine Ende Februar hat die Europäische Union in sechs Sanktions-Paketen wirtschaftlichen Austausch mit dem einstigen Handelspartner fast völlig abgestellt. Es gibt Ausnahmen: Gas, Öl, das durch Pipelines angeliefert wird, Lebensmittel,

Getreide und bestimmte Düngemittel sind nicht mit Sanktionen belegt. Der Rat der Europäischen Union, also die Vertretung der 27 Mitgliedsländer, gibt an, dass Sanktionen gegen 1212 einzelne Personen und 108 Firmen und andere Körperschaften in Kraft sind. Zu den Personen zählen der russische Präsident, sein Außenminister und etliche reiche Oligarchen aus dem Dunstkreis Putins.

Die Hälfte der Reserven der Russischen Zentralbank wurden eingefroren, russische Banken vom internationalen Zahlungssystem SWIFT abgekoppelt. Exporte westlicher Technologie, Luftfahrttechnik, Elektronik und Luxuswaren sind untersagt. Mehr als 1000 westliche Firmen haben sich aus Russland zurückgezogen. Neben der EU haben auch die USA, Kanada, Japan, die Schweiz und Großbritannien Sanktionen gegen Russland erlassen. Das Recherchenetzwerk Correctiv zählt in seinem „Sanktions-Monitor“ 6825 einzelne Maßnahmen der Staatengemeinschaft seit Beginn des russischen Angriffskrieges. So viele Sanktionen gegen ein einzelnes Land gab es in der Geschichte noch nie.“

Hier der vollständige Bericht mit den Bewertungen von Experten zur Sanktionswirkung:

[Wirken die EU-Sanktionen gegen Russland? | Europa | DW | 30.07.2022](#)

Starker Anstieg der von der EU eingefrorenen Vermögenswerte

Auf 13,8 Milliarden Euro bezifferte EU-Justizkommissar Didier Reynders die Summe der in allen Mitgliedstaaten eingefrorenen russischen Vermögenswerte, als sich deren Justizminister Anfang Juli trafen. Er hoffe, sagte Reynders damals, dass man in den kommenden Wochen mehr Verfahren zum Sperren von Vermögen sehen werde. Sein eigenes Land, dessen Finanzminister Reynders zwölf Jahre lang war, hat nun geliefert: Allein in Belgien beläuft sich die Summe eingefrorener Werte auf nunmehr 50,5 Milliarden Euro, wie die Zeitung „L'Écho“ unter Berufung auf das Finanzministerium berichtete. Das Finanzministerium führte die starke Steigerung nach Angaben der FAZ auf die letzten beiden Sanktionspakete der Europäischen Union zurück. Möglicherweise schlage sich in den neuen belgischen Zahlen auch schon eine bedeutsame Änderung nieder, die erst am 22. Juli in Kraft getreten ist. Seither sind gelistete Personen rechtlich verpflichtet, den nationalen Behörden alle Vermögenswerte zu melden, die bis dato nicht eingefroren worden waren. Bis dahin bezog sich die Verpflichtung zur Zusammenarbeit vor allem auf schon eingefrorene Vermögen. Die neuen Angaben aus Belgien lassen erwarten, dass auch in anderen Ländern noch erheblich höhere Werte als bisher eingefroren werden, so die FAZ weiter. Die sechs Länder, auf die bisher der Großteil entfällt, sind neben Belgien Deutschland, Frankreich, die Niederlande, Italien und Spanien.

Keine Schengenvisa mehr für russische Reisende?

Die Zeitschrift Der Freitag berichtet über Pläne aus Finnland, die Vergabe von Visa an russische Touristen EU-weit zu stoppen. Die Zeitschrift kritisiert den Vorschlag. Das Verbot könne insbesondere Kritiker der russischen Regierung treffen:

„Laut der russischen Onlinezeitung Lenta ist der Strom der Touristen von 2019 bis 2022 von mehreren Millionen auf einige 10.000 zurückgegangen. Fehlende Flugverbindungen, langwierige Abfertigungen auf dem Landweg und politische Spannungen und Ängste forderten ihren Tribut, auch bei Geschäfts- und Besuchsreisen. Eine finnische Initiative will jetzt die Vergabe von Schengen-Visa durch die eigenen Behörden stoppen. Estland, Lettland, Litauen und Tschechien stellen bereits gar keine Touristenvisa mehr aus, Estland hat gestern zusätzlich alle übrigen befristeten Aufenthaltsgenehmigungen inklusive Studentenvisa gestoppt. Man will nach eigenem Bekunden einen kompletten Visa-Stopp auf alle EU-Staaten ausweiten. Als Grund dient der Ukraine-Krieg.“

Hier der Beitrag:

[Estland stoppt Schengen-Visa an Russen. Darunter leiden Putin-Gegner — der Freitag](#)

EU verlängert Russland-Sanktionen um weitere sechs Monate

Die sektoralen Sanktionen der EU gegen Russland, die im Zuge der Krim-Annexion und der Kämpfe in der Ostukraine bereits 2014 eingeführt worden waren, werden um weitere sechs Monate bis zum 31. Januar 2023 verlängert, so der EU-Rat. Die Sanktionen wären sonst am 31. Juli 2022 ausgelaufen.

[Russia: EU renews economic sanctions over Russia's military aggression against Ukraine for further six months - Consilium \(europa.eu\)](#)

Neue FAQ der Europäischen Kommission zu Russland-Sanktionen

Die Europäische Kommission hat neue FAQ zu folgenden Sanktionsthemen veröffentlicht:

Goldimporte (27.7.)

[Frequently asked questions on gold imports related matters concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

Luftfahrt (27.7.)

[Frequently asked questions on aviation related matters concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

Asset-Freeze (26.7.)

[Frequently asked questions on assets freezes following sanctions adopted in view of Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it \(europa.eu\)](#)

Ölimport-Restriktionen (26. Juli)

[Frequently asked questions on reporting obligations under the oil import restrictions following sanctions adopted in view of Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it \(europa.eu\)](#)

[Eine konsolidierte Version der FAQ zu den Russland-Sanktionen ist hier zu finden \(Stand 22.7.\): Consolidated version of the frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

[Übersichtsseite der EU zu allen Sanktionsentwicklungen: EU restrictive measures against Russia over Ukraine \(since 2014\) - Consilium \(europa.eu\)](#)

Best Practice

Der EU-Rat hat im Juni 2022 einen aktualisierten Vermerk über bewährte Praktiken der EU für die wirksame Umsetzung restriktiver Maßnahmen veröffentlicht. Sie ist auch im Abschnitt EU-Leitlinien auf dieser Website verfügbar.

Zu den wichtigsten Änderungen gehören:

- Aufnahme der „EU Sanctions Map“ und des „EU Sanctions Whistleblower Tool“ der Kommission, die das Verständnis und den Austausch von Informationen erleichtern sollen
- Erläuterungen zu den „horizontalen“ (thematischen) Sanktionsregelungen der EU in Bezug auf chemische Waffen, Cyberangriffe, Terrorismus und Menschenrechte.
- Hinzufügung der jüngsten Rechtsprechung, z. B. dass ein Drittstaat als „juristische Person“ gelten kann, die unmittelbar von EU-Sanktionen betroffen ist.

[June-2022- -EU-Best-Practices-for-the-effective-implementation-of-restrictive-measures.pdf \(europeansanctions.com\)](#)

Liste der EU-Personensanktionen

[EU-Sanktionen: Kommission veröffentlicht Liste mit Einreiseverboten \(europa.eu\)](#)

Sanktionskarte der EU

[EU Sanctions Map](#)

Alle Entwicklungen in der Übersicht:
[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

4. Russland-Gegensanktionen

Sanktionen gegen britische Beamte

Russland hat als Vergeltungsmaßnahme persönliche Sanktionen gegen eine Reihe von britischen Politikern, Geschäftsleuten und Journalisten angekündigt, erklärte das Russische Außenministerium. Die Liste umfasse 39 britische Personen, deren Namen auf der Website des Ministeriums veröffentlicht worden seien.

[Zаявление МИД России о персональных санкциях в отношении политиков, журналистов и бизнесменов Великобритании - Министерство иностранных дел Российской Федерации \(mid.ru\)](#)

Russland sanktioniert 39 Australier

39 Personen, die im australischen Verteidigungssektor, in der Strafverfolgung und im Grenzschutz tätig sind, wurde am Donnerstag (21. Juli 2022) die Einreise nach Russland untersagt. Nach Angaben des russischen Außenministeriums sind die Benennungen eine Reaktion auf die Verhängung von Sanktionen durch Australien im Rahmen seiner Version des „Magnitsky Act“.

[Foreign Ministry statement on introducing personal sanctions on representatives of Australia's law enforcement agencies, border force and defence sector contractors - The Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation \(mid.ru\)](#)

Einreiseverbot für schwere Lkw aus der EU ab dem 1. Oktober?

Ein Einreiseverbot für schwere Lastwagen aus der Europäischen Union nach Russland könnte am 1. Oktober in Kraft treten, wie Quellen, die mit der Vorbereitung der entsprechenden Dokumente vertraut sind, gegenüber Interfax erklärten.

„Alle Dokumente befinden sich im behördenübergreifenden Genehmigungsprozess. Im Allgemeinen sind die staatlichen Stellen nicht gegen die Verhängung von Gegensanktionen gegen europäische Spediteure. Das Verkehrsministerium wird der Regierung bis zum 1. August den Entwurf eines Präsidialdekrets und eine Reihe anderer Rechtsakte vorlegen“, sagte eine Quelle. Das Landwirtschaftsministerium und das Ministerium für Industrie und Handel bereiten derzeit eine Liste von Waren vor, die von den Beschränkungen ausgenommen werden sollen, so eine weitere Quelle. Das Verkehrs- und das Landwirtschaftsministerium enthielten sich eines Kommentars, während das Industrie- und Handelsministerium vor der Veröffentlichung nicht auf Fragen reagierte.

Mehr „unfreundliche Staaten“

Als Reaktion auf die Sanktionen des Westens hat die russische Regierung noch einmal explizit die EU-Länder Griechenland, Dänemark, Slowenien, die Slowakei und Kroatien auf ihrer Liste „unfreundlicher Staaten“ aufgeführt, berichtet das Handelsblatt. Eigentlich stand dort schon die gesamte Europäische Union. Kremlsprecher Dmitri Peskow kommentierte die Entscheidung als weiteren Schritt Moskaus, den Kontakt zu diesen Ländern zurückzufahren. Dabei geht es vor allem um Einschränkungen für die diplomatischen Vertretungen der Länder in Moskau, russisches Personal einzustellen. Slowenien und Kroatien dürfen demnach gar keine russischen Staatsbürger mehr beschäftigen. Für die anderen Länder sind konkrete Zahlen festgeschrieben. Möglich seien auch noch weitere Einschränkungen, sagte Peskow. Hintergrund sei eine unfreundliche Politik der Länder gegenüber Russland. Details nannte er nicht.

Weitere Meldungen zu Russland:

Parallelimporte werden ausgeweitet

Das russische Industrie- und Handelsministerium hat die Liste der Waren erweitert, die im Rahmen von sogenannten Parallelimporten, also ohne Genehmigung der Markeninhaber, nach Russland eingeführt werden dürfen. Die Liste umfasst u. a. Kosmetika und Parfüms von Lancôme, Yves Saint Laurent, Valentino und Giorgio Armani. Die Behörde begründet die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme mit der Tatsache, dass den russischen Einzelhandelsketten „nicht genügend Produkte von diesen Herstellern“ zur Verfügung stünden. Die Liste wurde zudem um bestimmte Hersteller von Autoteilen und radioelektronischen und chemischen Industrieprodukten ergänzt.

[Парфюмерию разрешили ввозить в Россию без разрешения владельцев брендов — РБК \(rbc.ru\)](https://www.rbc.ru)

Sparprogramme in Auto- und Luftfahrtindustrie

Vor dem Hintergrund der westlichen Sanktionen will Russlands größter Pkw-Hersteller AwtoWaz seinen Standort Ischewsk massiv verkleinern. Rund 2000 Jobs sollen dort sozialverträglich abgebaut werden. Der russischen Automobilindustrie fehlt es aufgrund von Sanktionen und Lieferschwierigkeiten u. a. an Teilen und Technologien aus dem Ausland. Ein Sparprogramm läuft bereits bei der Staatsairline Aeroflot. Man habe die Gehälter der Spitzenmanager seit Juni 2022 um bis zu 40 Prozent gekürzt. Die Fluggesellschaft ist aufgrund der Sanktionen von der Europäischen Union und damit dem wichtigsten Auslandsmarkt abgeschnitten.

Entwicklung des russischen BIP – besser als gedacht?

Der IWF aktualisiert seine Rezessionsprognose für Russland. Mittlerweile wird nur noch von einer Rezession von sechs Prozent für 2022 ausgegangen, nachdem viele Experten und die EU bis vor Kurzem noch von einer Rezession in Höhe von zehn Prozent ausgingen.

Die vorherige IWF-Prognose lag bei einem Rückgang von 8,5 Prozent. 2023 werde Russlands Wirtschaftsleistung demnach um weitere 3,2 Prozent sinken. Ähnliche Prognosen stellt auch die russische Zentralbank selbst an. Laut Ihrer Prognose wird die russische Wirtschaft in den kommenden Monaten die schlimmste Phase der derzeitigen Sanktionskrise mit einem maximalen Rückgang der Wirtschaftstätigkeit von bis zu sechs Prozent bis Jahresende durchlaufen. Leidtragende sind demnach insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen. Frühere Prognosen, wonach ein Viertel der KMU möglicherweise in Konkurs geht, scheinen aufgrund jüngster Analysen sogar zu optimistisch zu sein, erklären Experten des Wirtschaftsverbands Business Russia. Es würden nur die Unternehmen übrigbleiben, die eine stabile Nachfrage haben und sich in einer wettbewerbsschwachen Nische befinden. Im „World Economic Outlook“ merkt der IWF hingegen an, die russische Inlandsnachfrage habe sich als ziemlich widerstandsfähig erwiesen, weil die Auswirkungen der Sanktionen auf den Finanzsektor eingedämmt werden konnten. Außerdem habe sich der Arbeitsmarkt weniger als erwartet abgeschwächt. Im Außenhandel hätten sich die Ausfuhren von Rohöl und Nicht-Energie-Produkten besser als erwartet entwickelt. Insgesamt sei die Produktion der russischen Wirtschaft im zweiten Quartal weniger geschrumpft als prognostiziert wurde.

Der IWF vergleicht die Entwicklung in Russland und den europäischen Volkswirtschaften. In den europäischen Volkswirtschaften seien die Auswirkungen des Krieges negativer als erwartet ausgefallen. Gründe dafür seien die höheren Energiepreise und auch ein geschwächtes Vertrauen der Verbraucher. Außerdem habe sich das Wachstum im Verarbeitenden Gewerbe wegen anhaltender Störungen der Lieferketten und steigender Einkaufspreise verringert.

Die neuen Standpunkte, Daten und Prognosen hat Klaus Dormann in einem Beitrag für den „Ostexperten“ zusammengefasst: [Ostexperte.de](https://www.ostexperte.de)

Türkischer Export nach Russland boomt

Im Juni 2022 sind die Warenexporte der Türkei nach Russland im Jahresvergleich um 46 Prozent und im Vergleich zum Vormonat um 52 Prozent auf rund 791 Millionen US-Dollar gestiegen. Laut der UN-Handelsdatenbank stellt das Juni-Volumen einen neuen Monatsrekord dar. Dabei haben vor dem Hintergrund des Ukraine-Konflikts und westlicher Sanktionen u. a. die Lieferungen von Früchten stark zugenommen, aber auch bei Maschinen, Anlagen und Bauteilen kam es zu erheblichen Zuwächsen. Auch die Importe aus Belarus (+29 Prozent im Jahresvergleich) haben zuletzt deutlich zugelegt.

[Турция резко увеличила экспорт в Россию на фоне санкций — РБК \(rbc.ru\)](https://www.rbc.ru)

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aeb.rus.ru\)](https://www.aeb.rus.ru/news)

AHK Belarus Krisenhotline

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar

5. Sanktionen der USA

Massive Ausweitung der US-Sanktionsliste gegen Russland

OFAC:

Das Office of Foreign Asset Control hat Anfang August neue Sanktionen gegen 13 weitere russische Personen sowie gegen 36 Unternehmen und Institutionen verhängt. Zu den neu gelisteten Institutionen gehört der Technologiepark Skolkovo bei Moskau, der unter der Präsidentschaft Dmitri Medwedews zu einer Art russischem Silicon Valley ausgebaut werden sollte und zahlreiche internationale IT-Konzerne anlockte. Betroffen ist auch das Eisen- und Stahlwerk Magnitogorsk (MMK) sowie mit diesem assoziierte Unternehmen. US-Aktionären der Unternehmen haben bis zum 1. September Zeit, entsprechende Wertpapiere abzustoßen und Geschäfte abzuwickeln.

Unter den neu gelisteten Personen befindet sich auch die mutmaßliche Freundin von Präsident Putin Alina Kabajewa, die bereits unter EU-Sanktionen stand. Auch andere Putin-Vertraute wurden sanktioniert. Deren Besitz wurde in den USA eingefroren, Einreiseverbote ausgesprochen. Die 39-Jährige Kabajewa habe eine „enge Beziehung zu Putin“ und sei die derzeitige Chefin des Kreml-freundlichen Medienimperiums National Media Group. Im April sanktionierten die USA bereits Putins erwachsene Töchter Katerina Wladimirowna Tichonowa and Maria Wladimirowna Woronzowa.

Das US-Finanzministerium gab zudem Sanktionen gegen eine Reihe von weiteren russischen Persönlichkeiten, Unternehmen und Instituten bekannt. Darunter sind der Milliardär Andrej Gurjew, Chef des Dünger-Riesen PhosAgro, und sein Sohn. Gurjew gehört in Großbritannien nach Angaben des US-Finanzministeriums das zweitgrößte Anwesen in London nach dem Buckingham Palace. Er ist auch Besitzer der mehr als 80 Meter langen Luxusjacht „Alfa Nero“, die vom US-Finanzministerium jetzt auf eine schwarze Liste gesetzt wurde. "Während unschuldige Menschen unter dem illegalen Aggressionskrieg Russlands leiden, haben sich Putins Verbündete selbst bereichert", teilte US-Finanzministerin Janet Yellen mit.

Zum neuen Sanktionspaket gehören auch fünf neue General Licences sowie Ergänzungen bei den FAQ. Hier die Übersicht zu den neuen Maßnahmen mit allen wichtigen Links:

[Russia-related Designations, Designations Updates, and Designation Removal; Issuance of Russia-related General Licenses; Publication of Russia-related Frequently Asked Questions | U.S. Department of the Treasury](#)

US-Außenministerium

Zusätzlich sprach das US-Außenministerium am 2. August Einreisebeschränkungen gegen 893 russische Regierungsmitarbeiter und 31 weitere ausländische Personen aus, die für Anhänger der russischen Politik in der Ukraine gehalten werden. Das Außenministerium sanktionierte zudem die Oligarchen Dmitriy Pumpyanskiy, Andrey Melnichenko und Alexander Ponomarenko. Die Jacht "Axioma" wurde als gesperrtes Eigentum von

Pumpyanski identifiziert. Sanktioniert wurden auch das Rettungskomitee für Frieden und Ordnung, Kostyantyn Volodymyrovych Ivashchenko, Volodymyr Vasilyovich Saldo, Kyrylo Serhiyovych Stremousov und Sergey Vladimirovich Yeliseyev, die JSC State Transportation Leasing Company (JSC GTLK) und 4 ihrer Tochtergesellschaften sowie 24 russische Unternehmen im Bereich Verteidigung und Technologie.

[Treasury Sanctions Elites and Companies in Economic Sectors that Generate Substantial Revenue for the Russian Regime | U.S. Department of the Treasury](#)

Die Vereinigten Staaten haben weitere 25 russische Flugzeuge vom Typ Airbus A320, A321 und A330 der Fluggesellschaften Red Wings, Nordwind, S7 Airlines, I-Fly und Yamal Airlines wegen Exportverstößen auf ihre Sanktionsliste gesetzt. Verboten sind nun Wartung, das Betanken und die Versorgung mit Ersatzteilen. Bereits im März hatte das US-Handelsministerium rund 100 Flugzeuge aus Russland sanktioniert.

[США включили 25 российских самолетов в реестр нарушителей экспортного контроля - Новости – Мир – Коммерсантъ \(kommersant.ru\)](#)

Neue Studie der Universität Yale geht von erheblicher Sanktionswirkung aus

Eine neue Studie der Universität Yale attestiert den westlichen Sanktionen gegen Russland eine erhebliche Wirkung. Diese werde in der Öffentlichkeit durch russische Propaganda und manipulierte Zahlen teilweise überdeckt. Seit Beginn der Invasion seien die Veröffentlichungen des Kreml zunehmend selektiv geworden. Ungünstige Datenreihen würden verschwiegen, während nur noch solche veröffentlicht würden, die ein günstigeres Licht auf die Lage werfen. Insbesondere Statistiken zum Außenhandel, zur monatlichen Öl- und Gasförderung, zu den Kapitalflüssen oder Geschäftszahlen großer Unternehmen würden zurückgehalten. Zugleich seien eine ganze Reihe russischer Statistikexperten entlassen worden. Für ihre Analyse werteten die Yale-Forscher unter anderem Daten von Handelspartnern russischer Firmen, Banken, Konsumenten und Schiffsbewegungen aus.

Die Wirtschaftswissenschaftler zeichnen ein katastrophales Bild der russischen Wirtschaft. Die Sanktionen westlicher Staaten seit Beginn der Invasion in die Ukraine hätten „nicht nur funktioniert“, sondern „die russische Wirtschaft auf allen Ebenen gründlich lahmgelegt“, heißt es in dem 118-seitigen Papier.

Rund 1000 ausländische Unternehmen hätten das Land verlassen, was den Verlust von bis zu fünf Millionen Arbeitsplätzen bedeute, so die Autoren der Studie „Business Retreats and Sanctions Are Crippling the Russian Economy“. Die Industrieproduktion sei eingebrochen. Es gebe „keine Kapazitäten, um die nötigen Unternehmen, Produkte und Talente zu ersetzen“ Entsprechend sei auch die Annahme, dass die monatlichen Einnahmen durch Öl- und Gasexporte in zweistelliger Milliardenhöhe die russische Wirtschaft über Wasser hielten, ein Mythos. Die Energieeinnahmen Russlands seien in den vergangenen drei Monaten gesunken.

Kritik an der Studie:

Dass der von den Yale-Autoren beschriebene Exodus ausländischer Unternehmen längst noch nicht abgeschlossen ist und nicht alle Arbeitsplätze ersatzlos entfallen, sondern zum Teil russische und andere ausländische Unternehmen günstig Produktionen übernehmen, wird in der Studie nicht ausreichend berücksichtigt. Auch die beschriebene Abkopplung des Westens von russischen Energierohstoffen und weiteren Exporten ist ein Prozess, der erst noch im Gang ist und Jahre dauern dürfte. Entsprechend Zeit hat Russland, sich nach anderen Abnehmern umzusehen.

Klaus-Jürgen Gern, Leiter Internationale Konjunktur und Analyse der Rohstoffmärkte am Kieler Institut für Weltwirtschaft, rät nach Angaben der Tagesschau, die Yale-Studie mit Vorsicht zu genießen, da sie im Kontext des Informationskrieges mit Russland eindeutig in eine Richtung argumentiere. Das vermittelte Gesamtbild sei aber plausibel. Alle Makroökonomien sähen große Probleme für Russland voraus.

Janis Kluge von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) kritisiert laut n-tv den Stil des Yale-Papiers, der nicht hilfreich sei. Ansonsten seien die aufgezählten Mythen über eine angeblich geringe Sanktionswirkung tatsächlich falsch. Es sei falsch, zu sagen, die Sanktionen zeigten keine Wirkung. „Aber man sollte vorsichtig bleiben in der Analyse, sonst gibt es erst recht eine Enttäuschung am Ende.“

Laut "Correctiv" wurden seit dem 22. Februar, dem Tag der Anerkennung der ostukrainischen Separatistengebiete durch Russland, fast 6800 neue Sanktionen gegen Unternehmen, Personen, Institutionen und andere Ziele verhängt. Mit etwa 1500 Maßnahmen zeigten demnach vor allem die USA Initiative, gefolgt von der Schweiz (1070), Großbritannien (995) und der EU (870).

Zusammenfassende Powerpoint-Präsentation der Studie:

[Russian Economic Impact Slide Deck - July 2022 v5.pdf](#) | Bereitgestellt von Box

Link zur Originalstudie:

<https://deliverypdf.ssrn.com/delivery.php?ID=853127084071031092005028024109065077046084047001025025024007115112122002028098080126052032042044047025048109007100013116077098000058035046014107068026126086082104099004060066021089086028003070012125115108085113010030112113014102114115092097094117083094&EXT=pdf&INDEX=TRUE>

Pressebeiträge zu Inhalten der Studie:

[Westliche Sanktionen und ihre Wirkung: Was über Russlands Wirtschaft bekannt ist | tagesschau.de](#)

[Yale-Papier räumt mit Mythen auf: "Sanktionen lähmen Russlands Wirtschaft" - n-tv.de](#)

[Russia's Economy Really Is Crumbling Under Sanctions \(foreignpolicy.com\)](https://foreignpolicy.com)

[Yale-Papier räumt mit Mythen auf: "Sanktionen lähmen Russlands Wirtschaft" - n-tv.de](https://n-tv.de)

Sanktionen gegen weitere russische Staatsbürger

Das Office of Foreign Asset Control (OFAC) hat die russischen Staatsangehörigen Aleksandr Viktorovich Ionov und Natalya Valeryevna Burlinova gemäß der Executive Order (E.O.) 14024 ausgewiesen. Beide sollen Russlands globale bösertige Einflussnahme und Wahlbeeinflussung unterstützen. Das OFAC hat auch vier Organisationen neu gelistet, die entweder mit Herrn Ionov oder Frau Burlinova in Verbindung stehen. Es handelt sich um die Anti-Globalisierungsbewegung Russlands (AGMR), Ionov Transkontinental OOO, STOP-Imperialism und Centre for Support and Development of Public Initiative Creative Diplomacy (PICREADI).

[Treasury Targets the Kremlin's Continued Malign Political Influence Operations in the U.S. and Globally | U.S. Department of the Treasury](#)

[Targeting Russia's Global Malign Influence Operations and Election Interference Activities - United States Department of State](#)

In einer koordinierten Aktion erhob das Justizministerium am Freitag Anklage gegen Herrn Ionov wegen Verschwörung, US-Bürger als illegale Agenten der russischen Regierung handeln zu lassen. Ihm wird vorgeworfen, mindestens von Dezember 2014 bis März 2022 eine ausländische Kampagne zur böswilligen Beeinflussung orchestriert zu haben, die verschiedene politische Gruppen in den USA nutzte, um Zwietracht zu säen, prorussische Propaganda zu verbreiten und sich in US-Wahlen einzumischen. Im Falle einer Verurteilung droht Herrn Ionov eine Freiheitsstrafe von maximal 5 Jahren.

[Russian National Charged with Conspiring to Have U.S. Citizens Act as Illegal Agents of the Russian Government | OPA | Department of Justice](#)

Zwei neue General-Licences für Finanztransaktionen

Am 22. Juli 2022 erteilte das OFAC zwei Russland-bezogene General Licences (GL):

GL 45: "Authorising Transactions Related to the Wind Down of Certain Financial Contracts Prohibited by Executive Order 14071". Damit werden bis zum 20. Oktober 2022 alle gemäß Abschnitt (1)(a)(i) der E.O. 14071 verbotenen Transaktionen genehmigt, die üblicherweise mit der Abwicklung von Finanzverträgen oder anderen Vereinbarungen verbunden und notwendig sind, die am oder vor dem 6. Juni 2022 abgeschlossen wurden und die von einem

Unternehmen in Russland begebene Schuldtitel oder Aktien beinhalten bzw. damit verbunden sind.

GL 46: „Genehmigung von Transaktionen zur Unterstützung eines Auktionsverfahrens zur Abwicklung bestimmter, durch die Executive Order 14071 verbotener Kreditderivatgeschäfte“. Damit werden genehmigt:

- Alle Transaktionen im Zusammenhang mit der Einrichtung, Verwaltung, Teilnahme an und Durchführung eines vom EMEA Credit Derivatives Determination Committee angekündigten Auktionsverfahrens zur Abwicklung von Kreditderivat-Transaktionen mit einem Referenzschuldner „der Russischen Föderation“, die gemäß Abschnitt 1(a)(i) der E.O. 14071 verboten sind.
- Der Kauf oder Empfang von Schuldverschreibungen Russlands durch US-Personen, die nach Abschnitt 1(a)(i) der E.O. 14071 verboten sind, während des Zeitraums, der zwei Geschäftstage vor dem angekündigten Datum der Auktion beginnt und acht Geschäftstage nach Abschluss der Auktion endet.
- Alle Transaktionen, die üblicherweise mit der Erleichterung, dem Clearing und der Abrechnung von nach L 46 genehmigten Transaktionen, die nach Abschnitt 1(a)(i) der E.O. 14071 verboten sind, verbunden und für diese notwendig sind.

[russia_gl45.pdf \(treasury.gov\)](#)

[russia_gl46.pdf \(treasury.gov\)](#)

[Federal Register :: Prohibiting New Investment in and Certain Services to the Russian Federation in Response to Continued Russian Federation Aggression](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Schweiz

Auch die Schweiz sanktioniert jetzt russisches Gold

Die Schweiz hat den Kauf, die Einfuhr und den Transport von Gold und Goldprodukten aus Russland verboten und folgt damit der EU. Die Schweiz hat außerdem zwei neue Ausnahmen von den Russland-Sanktionen in Bezug auf landwirtschaftliche Erzeugnisse und Öllieferungen an Drittländer vorgesehen. Neu hat der Bundesrat zudem mit der Sberbank die grösste russische Bank mit einer Vermögenssperre und dem Bereitstellungsverbot belegt. Neue Ausnahmebestimmungen sollen die geordnete Abwicklung von Geschäften oder den Verkauf von Tochtergesellschaften der Sberbank gewährleisten.

Die von der Finanzmarktaufsicht Finma verfügten Schutzmaßnahmen bei Sberbank (Switzerland) bleiben bis am 1. September in Kraft. Konkret handelt es sich um Maßnahmen zum Schutz der Gläubigerinnen und Gläubiger. Sie umfassen eine Stundung von Verpflichtungen aus Einlagen sowie ein weitgehendes Auszahlungs- und Transaktionsverbot.

Nachdem am 28. Juli 54 Personen und 9 Einrichtungen neu in die Russland-Sanktionsliste der Schweiz aufgenommen wurden (Inkrafttreten am 29. Juli), sind auch in diesem Bereich die Russland-Sanktionslisten der Schweiz und der EU angeglichen.

[Ukraine: Switzerland adopts new sanctions \(admin.ch\)](#)

[SECO: Ordinance on measures connected with the situation in Ukraine \(admin.ch\)](#)

[Schweiz verbietet Gold-Importe aus Russland - Blick](#)

Großbritannien

Neu-Listungen von Rosneft-Vorständen

Das Vereinigte Königreich hat am 3. August die Mitglieder des Rosneft-Vorstands Didier Casimiro und Zeljko Runje auf seine Russland-Sanktionsliste gesetzt, nachdem es sie erst am 15. Juli 2022 von der Liste gestrichen hatte. Casimiro und Runje wurden erstmals am 24. März 2022 auf die Liste gesetzt. Darüber hinaus wurde Olga Ayziman von der Liste der Russland-Sanktionen des Vereinigten Königreichs gestrichen und die Einträge für 18 Personen wurden von der Dringlichkeitsliste in die Standardliste umgewandelt.

[Notice Russia 020822.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](#)

Ausnahmeregelung für Rosbank

Am 29. Juli 2022 verlängerte das Office of Foreign Sanctions Implementation OFSI die Allgemeine Genehmigung (GL) INT/2022/1968500, „Abwicklung von Positionen, an denen die Rosbank beteiligt ist“ um zwei Monate bis zum 30. September 2022. Die ursprünglich am 30. Juni 2022 erteilte Genehmigung ermächtigt eine natürliche oder juristische Person (mit Ausnahme der Rosbank oder einer Tochtergesellschaft) zur Abwicklung von Geschäften, an denen sie beteiligt ist und an denen die Rosbank oder eine Tochtergesellschaft beteiligt ist, einschließlich der Schließung von Positionen, der Rückzahlung von Krediten, des Abzugs von Einlagen und der Schließung von Konten.

[Rosbank 30 Day Wind down amended 29.07.22.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](#)

Großbritannien will russische Beamte in den besetzten Gebieten sanktionieren

Außenministerin Liz Truss kündigt ein neues Sanktionspaket an, das auch Sanktionen gegen vom Kreml eingesetzte „Beamte“ in Luhansk und Donezk vorsieht.

[UK sanctions Russian officials propping up Putin’s proxy administrations in Ukraine - GOV.UK \(www.gov.uk\)](#)

[Notice Russia 290622.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](#)

Kanada

Kanada verhängt Sanktionen gegen russische Militärs wegen Gräueltaten in Butscha

Kanada hat Sanktionen gegen weitere 43 Einzelpersonen und 17 Unternehmen aus Russland verhängt. Auf der Liste stehen nun auch Anton Anissimow, Auslandschef des Staatssenders Sputnik, sowie 42 russische Militärs. Außerdem wurden die Rüstungsfirmen Almaz und Saljut sowie das Maschinenbauwerk Maschinostroitel und das Ural-Forschungsinstitut für Verbundwerkstoffe sanktioniert.

[Russian sanctions: Canada targets military officers | CTV News](#)

[Regulations Amending the Special Economic Measures \(Russia\) Regulations \(international.gc.ca\)](#)

[Канада ввела санкции против 43 граждан России и 17 предприятий - Ведомости \(vedomosti.ru\)](#)

Neuseeland

Weitere Listungen

Neuseeland hat am 1. August 2022 die Verordnungen zur Änderung der Russland-Sanktionen (Nr. 8) 2022 verabschiedet. Die Änderungsverordnungen fügen „eine Zweigstelle oder einen unabhängigen Dienstzweig der Streitkräfte der Russischen Föderation, einschließlich der logistischen Unterstützung der russischen Streitkräfte“ als eine Kategorie von Einrichtungen hinzu, die im Rahmen der Verordnungen sanktioniert werden, und benennen 61 spezifische Einrichtungen, darunter SOGAZ und die Russische Eisenbahn.

Russland hatte am 30. Juli als Reaktion auf die Russland-Sanktionen gegen 32 neuseeländische Bürger Reiseverbote verhängt. Zu den von Russland aufgelisteten Personen gehörten Bürgermeister zahlreicher Städte, Beamte der Verteidigungsstreitkräfte, Journalisten und Akademiker. Pressemitteilung.

Neuseeland hat mit dem Russland-Sanktionsgesetz, das am 11. März 2022 die königliche Zustimmung erhielt, einen autonomen Sanktionsrahmen geschaffen.

[Sanctions on Russian armed forces and weapons manufacturers | Beehive.govt.nz](https://www.beehive.govt.nz/sanctions-on-russian-armed-forces-and-weapons-manufacturers)

7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

Handelsblatt

Chinesischer Tech-Riese Huawei schließt Internetshop in Russland

Obwohl sich Peking an den Sanktionen gegen Moskau offiziell nicht beteiligt, hat der chinesische Technologiekonzern Huawei sein Internetgeschäft in Russland geschlossen. Seit Wochenbeginn sei der Online-Shop nicht mehr nutzbar, berichteten russische Medien am Mittwoch. Huawei selbst hatte zuvor auf seiner russischsprachigen Homepage das Ende der Online-Verkäufe angekündigt. Ein Grund wurde nicht genannt.

Sanktionsumgehung aus Italien über die Türkei

Laut einem Bericht des italienischen Corriere della Sera gibt es weltweit etwa 20 Länder, die Russland bei der Kompensation westlicher Sanktionen helfen. Dazu gehörten die Türkei, China, die Vereinigten Arabischen Emirate und zentralasiatische Staaten. Italienische Unternehmen würden zunehmend die Türkei als Zwischenhändler für Russland nutzen und Dreiecksgeschäfte abwickeln, auch wenn diese Praxis illegal sei.

Hier der Originalbericht:

[L'aiuto della Turchia per aggirare le sanzioni a Putin. I sospetti di triangolazioni dall'Italia-Corriere.it](#)

Teurer Abschied vom russischen Markt

Das Einfrieren des Russlandgeschäfts hat Mercedes-Benz 1,4 Milliarden Euro gekostet. Das meldete der deutsche Autobauer laut der russischen Nachrichtenagentur Ria Nowosti zusammen mit den Quartalszahlen. Der Zigarettenhersteller British Tobacco berichtete von Kosten in Höhe von 1,2 Milliarden US-Dollar, die gleiche Summe hatte auch McDonald's genannt. Der französische Reifenhersteller Michelin schrieb 202 Millionen Euro ab. Microsoft kostete das weitgehende Herunterfahren seiner Geschäfte in Russland angeblich 126 Millionen Dollar. Die japanischen Unternehmen Mitsui und Mitsubishi haben ihre Investitionen in das russische Energieprojekt Sakhalin II abgeschrieben. Mitsui hat 1,1 Mrd. US-Dollar abgeschrieben, bei Mitsubishi beträgt die Abschreibung 610 Mio. Dollar.

[В Mercedes-Benz рассказали о потерях из-за приостановки поставок в Россию - РИА Новости, 27.07.2022 \(ria.ru\)](#)

Schweizer Exporte nach Russland boomen – was ist der Grund?

Die meisten Länder exportieren wegen der Sanktionen immer weniger Waren nach Russland. Nicht so die Schweiz: Dort erleben die Russland-Exporte einen regelrechten Boom. Das liege insbesondere an der Pharmaindustrie, die von den Sanktionen ausgenommen sei, berichtet das RedaktionsNetzwerk Deutschland.

Als einziges Land exportierten demnach die Schweizer im Juni deutlich mehr Güter nach Russland als vor dem Krieg. Produkte im Wert von umgerechnet 505 Millionen Euro gingen aus der Schweiz nach Russland – ein Plus von 83 Prozent im Vergleich zum Januar, dem Monat vor Kriegsbeginn. Bei den meisten anderen Ländern gingen die Lieferungen nach Russland dagegen zurück, zum Beispiel in Deutschland. Hierzulande sanken die Exporte laut Statistischem Bundesamt von 2,1 (Januar) auf 1,2 Milliarden Euro (Juni) – ein Minus von 57 Prozent.

Entgegen dem allgemeinen Trend habe die Schweiz im Juni deutlich mehr Turbinen, Druckluftpumpen und andere Maschinen nach Russland exportiert, berichtete „Bloomberg“. Demnach hätten Hersteller in den vergangenen Wochen versucht, noch so viele Aufträge wie möglich abzuwickeln, bevor ein weiteres Sanktionspaket viele der Verkäufe verbietet. Laut Schweizer Zolldaten wurden im Juni fünf- bis sechsmal so viele Gasturbinen an Russland verkauft wie noch vor Kriegsbeginn. Doch der Großteil der gestiegenen Exporte (80 Prozent) entfalle auf Schweizer Pharmakonzerne, wie Roche und Novartis. Sie haben im Juni so viel Blut, Medikamente und andere pharmazeutische Produkte nach Russland exportiert wie seit mindestens 30 Jahren nicht mehr. Für mehr als 338 Millionen Euro kaufte Russland bei den Pharmakonzernen ein. Damit war das Land der wichtigste Abnehmer, noch vor Großbritannien und China.

Für den außergewöhnlichen Boom der Schweiz könnten demnach Probleme bei Russlands Lieferketten nach Asien verantwortlich sein. Eine weitere Erklärung sei, dass sich Russland wegen weiterer drohender Sanktionen mit mehr Medikamenten als üblich eindeckt. Mit 1548 Sanktionen hat die Schweizer Regierung nach den USA und Kanada die meisten Sanktionen gegen Russland verhängt. Allerdings gelten für einige der Sanktionen noch Übergangsfristen und einige Maßnahmen fehlen. Im Gegensatz zu den EU-Staaten habe die Schweiz auch kein Embargo gegen russisches Gold verhängt –darüber werde derzeit hitzig gestritten.

Obi gibt Teil seiner russischen Märkte ab

Die OBI GmbH Deutschland habe eine Vereinbarung mit einer Gruppe russischer Investoren über den Verkauf von 6 der 27 russischen OBI Filialen für den symbolischen Preis von 1 Euro abgeschlossen. 40 Prozent der Anteile an diesen Unternehmen würden an die Max-Gruppe, 60 Prozent an den Geschäftsmann Josef Liokumowitsch verkauft.

[OBI закрыла сделку по продаже российского бизнеса за 1 евро - Ведомости \(vedomosti.ru\)](https://www.vedomosti.ru)

Süddeutsche Zeitung

Russland-Sanktionen: Frachtairline CLG stellt Betrieb ein

Die Leipziger Frachtairline CLG stellt wegen der Sanktionen gegen Russland ihren Betrieb ein. Nach Angaben des Insolvenzverwalters Lucas Flöther aus Halle ist es bisher nicht gelungen, einen Investor zu finden, wie ein Sprecher des Insolvenzverwalters am Dienstag mitteilte. Allen Mitarbeitern werde voraussichtlich in dieser Woche gekündigt. Zuvor hatte die Mitteldeutsche Zeitung berichtet.

Demnach hatte das Luftfahrt-Bundesamt bereits Anfang März entschieden, dass die vier Maschinen der Gesellschaft nicht mehr abheben dürfen. Der Grund für die Stilllegung hängt mit der Eigentümerstruktur der Airline zusammen. Die CLG ist eine hundertprozentige Tochter der britischen Cargo-Logic Holding. Deren Eigentümer ist ein Russe, der auf der Sanktionsliste der Europäischen Union steht. Im Mai hatte CLG Insolvenz angemeldet.

Helaba schließt endgültig Repräsentanz in Moskau

Die Repräsentanz der Landesbank Hessen-Thüringen in Russlands Hauptstadt steht vor dem Aus, das berichtet die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) gibt demnach ihre 2008 eröffnete Repräsentanz in Moskau. Die Repräsentanz sei seit dem russischen Angriff auf die Ukraine geschlossen und werde niemals wieder geöffnet, sagte Vorstandschef Thomas Groß anlässlich der Halbjahresbilanz zu Journalisten. Finanzvorstand Detlef Hosemann führte aus, gemessen am 53 Milliarden Euro großen Forderungsbestand der Helaba gegenüber Unternehmen sei ihr unmittelbares Russland-Risiko mit 30 Millionen Euro, abgesichert durch Exportversicherungen, „sehr überschaubar“. 1,3 Milliarden Euro im Portfolio hätten eine erhebliche Russland-Betroffenheit, etwa weil Russland ein wichtiger Absatzmarkt des Kreditnehmers sei. 13 Milliarden Euro an Risiken seien gestörten Lieferketten zuzuordnen. Allerdings sei die Risikolage in der Helaba zum Halbjahr sehr entspannt, betonten Groß und Hosemann.

8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft - Beteiligungsmöglichkeiten

Integration der Ukraine in europäische Verkehrskorridore

Die EU-Kommission schlägt vor, vier europäische Verkehrskorridore auf das Gebiet der Ukraine und der Republik Moldau – einschließlich der Häfen Mariupol und Odessa – auszuweiten. Sie hat dafür ihren Vorschlag von Dezember 2021 angepasst, mit dem die Verordnung zum Transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-T) angepasst werden soll. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die geopolitische Landschaft neu definiert. Die Auswirkungen des Krieges auf die globalen Märkte, die Versorgungsketten und die Lebensmittelsicherheit haben gezeigt, dass bessere Verbindungen zu den benachbarten Partnerländern der EU wichtiger sind als je zuvor

[TEN-T: Ukraine und Moldau sollen in EU-Verkehrskorridore integriert werden \(europa.eu\)](#)

Wiederaufbau der Ukraine: Weitere 1,59 Milliarden Euro EIB-Finanzhilfe genehmigt

Der Krieg Russlands in der Ukraine hat katastrophale Folgen für die Menschen, die Infrastruktur und die Wirtschaft des Landes. Angesichts dieser extrem schwierigen Situation für die Ukraine hat der Verwaltungsrat der Europäischen Investitionsbank (EIB), der Bank der EU, weitere 1,59 Milliarden Euro Finanzhilfe für das Land genehmigt. Die Mittel sollen die Infrastrukturfinanzierung unterstützen und den dringenden Bedarf decken. 1,05 Milliarden Euro stehen sofort zur Verfügung. Es ist das zweite Solidaritätspaket für die Ukraine, das die EIB gemeinsam mit der Europäischen Kommission schnürt.

[Wiederaufbau der Ukraine: Weitere 1,59 Milliarden Euro Finanzhilfe genehmigt \(europa.eu\)](#)

Polnische Unternehmen wollen Wiederaufbau vorantreiben

Mehr als ein halbes Tausend Unternehmen aus Polen haben sich für ein Programm zum Wiederaufbau der ukrainischen Wirtschaft angemeldet. Die Zeitung „Rzeczpospolita“ hat Informationen über einen Bericht erhalten, der im Auftrag des Finanzministeriums erstellt wird. Es soll bis Mitte August fertig sein. Es wird ein Anhang zu dem Angebot sein, das die polnische Regierung Präsident Zelensky unterbreiten will. Quellen zufolge soll es sich bei dem polnischen Abgesandten um den stellvertretenden Premierminister Jacek Sasin handeln. Hier der Originalbericht:

[Setki firm z Polski chce odbudowywać Ukrainę. Rząd zawiezie plan do Zelenskigo - rp.pl](#)

Kooperationen mit der ukrainischen Wirtschaft

Unter dem folgenden Link finden Sie Kontakte zu über 100 ukrainischen Unternehmen, die trotz der Kriegslage für Kooperationen mit europäischen Unternehmen bereitstehen:

[Business for Ukrainian Services Companies | Directory of UA Companies \(bizforukraine.com\)](https://bizforukraine.com)

Der ukrainische Energiekonzern **DTEK bietet einen Newsletter** an, der auch unter Kriegsbedingungen fortlaufend über die Lage auf dem ukrainischen Energiemarkt berichtet. Einen Link zur aktuellen Ausgabe finden Sie untenstehend. Bei Interesse an dem englischsprachigen Dienst wenden Sie sich gerne an:

Iryna Zdorevska, International Public Affairs, Tel: +38 044 581 93 63, Mobil: +38 050 388 77 05, E-Mail: ZdorevskaIV@dtek.com, Web: www.dtek.com

9. Hilfsaktionen

Hilfsaktion des Ost-Ausschusses für Projekt in Czernowitz – Jetzt beteiligen!

Der Ost-Ausschuss ruft zu Spenden für das Projekt «**City of Goodness**» auf. Das **Wohltätigkeitsprojekt in Tscherniwzi** (Czernowitz) in der Westukraine bietet hilfsbedürftigen Familien mit Kindern soziale Hilfe und Unterkunft. Der Ost-Ausschuss hat bereits positive Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit dem Projekt gesammelt. Weitere Informationen zu dem Projekt finden Sie hier: [Місто Добра \(misto-dobra.com.ua\)](http://misto-dobra.com.ua).

Das Geld kommt zu 100 Prozent dem Hilfsprojekt zugute und dient dazu, eine zusätzliche Unterkunft für 100 ukrainische Flüchtlinge einzurichten.

Wir bitten Sie, die Spende auf folgendes Konto beim Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft zu überweisen:

Kontoinhaber: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Bank: Commerzbank AG

Kontonummer: 22 11 977

BLZ: 100 400 00

SWIFT-Code: COBADEFF

IBAN: DE94100400000221197700

Hinweis: Die Spenden gehen zu 100 Prozent an das Projekt „City of Goodness“ im westukrainischen Tscherniwzi. Die Abwicklung erfolgt über den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft. Die Spenden werden dort gesammelt und dann an das begünstigte Projekt weitergeleitet. Bitte beachten Sie, dass der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft keine gemeinnützige Organisation ist und daher für die Spende keine Spendenquittung ausstellen kann. Für Rückfragen zur Abwicklung zum Projekt können Sie sich im Ost-Ausschuss gern an Herrn Stefan Kägebein, Regionaldirektor Osteuropa, unter s.kaegebein@oa-ev.de wenden.

EU-Kommission richtet Telefon-Hotline für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine ein

Die Europäische Kommission hat eine spezielle Telefon-Beratung in ukrainischer und russischer Sprache eingerichtet, um denjenigen zu helfen, die vor der russischen Invasion in der Ukraine fliehen. Seit Ende März beantwortet die Kommission über das Europe Direct-Kontaktzentrum schriftliche Fragen in ukrainischer und russischer Sprache – nun ist dieser Dienst auch telefonisch erreichbar.

Die Helpline soll Menschen, die aus der Ukraine fliehen, helfen, indem sie ihre Fragen beantwortet und praktische Informationen bereitstellt, von den Bedingungen für die Einreise in die EU und das Reisen innerhalb der EU bis hin zum Zugang zu Rechten und Möglichkeiten wie Bildung, Arbeit oder Gesundheitsversorgung.

Die Helpline ist innerhalb der EU in ukrainischer und russischer Sprache unter der gebührenfreien Rufnummer 00 800 6 7 8 9 10 11 und außerhalb der EU unter der Nummer +32 22 99 96 96 zum internationalen Standardtarif zu erreichen. Die Helpline bietet auch einen kostenlosen Rückrufservice.

Weitere Informationen:

[Daily News 16 / 05 / 2022 \(europa.eu\)](#)

Schulmaterial für ukrainische Flüchtlinge in Polen - Hilfsaufruf

Wir möchten Sie auf ein Non Profit Projekt von Klett Polska aufmerksam machen, dass Integrationsschulhefte und Poster für geflüchtete Grundschüler aus der Ukraine produzieren und spenden möchte. Wir würden uns freuen, wenn sich Unternehmen oder NGOs an den Produktionskosten beteiligen würden. Anbei finden Sie die Informationsmaterialien auf Polnisch sowie Informationen zu den Produktionskosten.

Bei Rückfragen wenden Sie sich gern direkt an: Michał Kulesza, Managing Director Klett Polska (m.kulesza@klett.pl). Wir stehen Ihnen für Rückfragen selbstverständlich ebenfalls zur Verfügung: a.stadnicki@oa-ev.de.

Unterstützung für die Ukraine – Übersicht über das Engagement des Ost-Ausschusses: #WirtschaftHilft

Der Ost-Ausschuss unterstützt dazu die Initiative #WirtschaftHilft, die von den Spitzenverbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH ins Leben gerufen wurde. Dabei dient die Internetseite www.WirtschaftHilft.info als Informationsplattform für Unternehmen und Verbände sowie Hilfesuchende. Die Webseite bietet umfangreiche Informationen zu bedarfsgerechtem Spenden, Unterstützung für deutsche Unternehmen sowie die vorübergehende Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Im Rahmen der Initiative #WirtschaftHilft veröffentlicht die GHA – German Health Alliance Hilfsgesuche und -angebote für die Ukraine im medizinischen Bereich: [Humanitäre Hilfe für die Ukraine - GHA - German Health Alliance](#).

Weitere Hilfsangebote des Ost-Ausschusses

Gemeinsam mit seinen Mitgliedsunternehmen hat der Ost-Ausschuss darüber hinaus weitere Hilfsangebote ins Leben gerufen. Dazu wurde eine Task Force eingerichtet, um Fragen, Anliegen und Probleme rund um die Krisenlage in der Ukraine schnell zu bearbeiten. „Die Task Force koordiniert zudem die Hilfsangebote von Seiten der Wirtschaft für die Menschen in der Ukraine“, sagt Hermes. „Sie vermittelt unter anderem die Lieferung von Hilfsgütern, aber auch von technischer Ausrüstung in die Ukraine.“

Jobs für Flüchtlinge aus der Ukraine

Darüber hinaus hat der Ost-Ausschuss eine Koordinationsstelle eingerichtet, die ukrainischen Flüchtlingen Jobs bei deutschen Unternehmen in ganz Europa vermittelt. Erste Jobangebote finden Sie auf der Webseite www.jobs.gu-dp.com. Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mitteleuropa im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138, a.stadnicki@oa-ev.de.

Unterbringung von Flüchtlingen

Der Ost-Ausschuss unterstützt darüber hinaus die Arbeit von Rotary Deutschland und stellt aktuell Räumlichkeiten für den Krisenstab des Rotary Club Berlin Platz der Republik zur Verfügung. Der Club unterstützt mit dem Projekt „[Spaces for Ukrainian Refugees](#)“ die Organisation von Unterkünften direkt nach der Ankunft in Berlin, Deutschland und der EU.“

[Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#)

Für Flüchtlinge: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

Für Gastgeber: <https://forms.gle/S6PwsNRGQq8KMTqH6>

Kontakt: info@rotary-platz-der-republik.berlin

Spenden für Hilfstransporte

Zusammen mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer unterstützt der Ost-Ausschuss die Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen. Die Johanniter bringen unter anderem Tausende von Hilfspaketen mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln sowie medizinischem Material an die polnisch-ukrainische Grenze und in die Ukraine und versorgen ukrainische Krankenhäuser mit Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial, um auch die Versorgung für die Erkrankten und Verletzten sicherzustellen.

Spendenkonto: Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., BIC: BFSWDE33XXX,
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00, Bank für Sozialwirtschaft, Stichwort: SupportUkraine,

Bei Fragen oder zur Weiterverbreitung relevanter Informationen zu Hilfsangeboten und Projekten Ihrerseits wenden Sie sich bitte an Stefan Kägebein (Tel: 030-206167 113, s.kaegebein@oa-ev.de) und Petya Hristova (Tel: 030-206167 155, p.hristova@oa-ev.de).

Europe-Direct-Kontaktzentrum nun auch in ukrainischer und russischer Sprache

Wie erfahre ich mehr über die EU-Hilfe für die Ukraine und über den vorübergehenden Schutz von Menschen, die vor der russischen Invasion der Ukraine fliehen? Welche Rechte ergeben sich daraus? Wo erhalte ich Hilfe? Welche restriktiven Maßnahmen wurden gegen Russland eingeleitet? Bei allen Fragen zur Solidarität der EU mit der Ukraine können sich Bürgerinnen und Bürger an das Europe-Direct-Kontaktzentrum (EDCC) der Kommission wenden, das ihnen als direkter Draht zur EU seit Donnerstag auch auf Ukrainisch und Russisch Antworten auf ihre Anliegen gibt. Ab Mitte April werden auch Telefonanrufe auf Ukrainisch und Russisch beantwortet.

Seit der russischen Invasion der Ukraine am 24. Februar hat das Europe-Direct-Kontaktzentrum als wichtiger Kommunikationskanal mit den Bürgerinnen und Bürgern mehr als 4.000 Fragen zum Krieg und zur Solidarität der EU mit der Ukraine beantwortet. Im letzten Jahr wurde zu 205.000 Fragen zu diversen EU-Themen Aufschluss gegeben. Unter anderem äußerten viele Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung zu den Maßnahmen der EU und wollten wissen, wie sie Betroffenen aus der Ukraine helfen können.

Informationen zum EDCC:

[Beantwortet Ihre Fragen \(europa.eu\)](https://europa.eu)

Ukrainischer Hilfsstab - Norddeutschland

Die ukrainische Gemeinde in Norddeutschland hat einen Hilfsstab aufgebaut und informiert zusammen mit dem ukrainischen Generalkonsulat Hamburg mit Pressemitteilungen über aktuelle Entwicklungen.

Kontakt:

[Hilfe für Ukraine - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](https://hilfe-ua.de)

[Call-Center - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](https://hilfe-ua.de)

Bundesfinanzministerium: Umgang mit Ukraine-Spenden

Das BMF hat eine Verwaltungsvorschrift für die steuerliche Handhabung von Spenden an die Ukraine veröffentlicht. Damit Unternehmen Spenden als Betriebskosten ansetzen zu können, ist laut BMF eine unmissverständliche Ausweisung als „Sponsoring“ notwendig:

https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/BMF_Schreiben/Weitere_Steuert_hemen/Abgabenordnung/2022-03-17-Stl-Massnahmen-Unterstuetzung-Ukraine-Geschaedigte.html



Hilfsangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine

Unterkunftsangebote

I CAN HELP HOST

Wunderflats: [Furnished Apartments, Homes, Temporary housing - Rent on Wunderflats](#)

Rotary-Clubs europaweit: [Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#);

For Refugees: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

For Hosts: <https://forms.gle/S6PwsNRGQq8KMTqH6>

Verkehr

- Infos zu Bahnfahrten für Geflüchtete: <https://www.bahn.de/info/helpukraine>
- Mitfahrgelegenheiten aus der Ukraine: <https://www.ukrainenow.org/refuge>

Informationen/Hilfsangebote

- Hilfsseite der Stadt Berlin: www.berlin.de/ukraine
- Hilfsmöglichkeiten für Freiwillige: <https://volunteer-planner.org>
- Organisation u.a. von Fahrten von Polen nach Deutschland, privaten Unterkünften in Berlin und weiteres: <https://linktr.ee/ukrainehelpberlin>
- Russische und ukrainische Telefonseelsorge: <https://www.diakonie-portal.de/themen/ehrenamt-freiwilligendienste/ehrenamt-und-engagement/telefon-doweria-telefon-doverija/>
- Hilfe für russischsprachige LGBTQ+-Menschen: <http://www.quarteera.de/>
- Freiwillige können sich eintragen für Übersetzungsangebote: <https://survey.lamapoll.de/Translators>
- Kostenlose Rechtsberatung: <https://www.rlc-berlin.org/>

- Informationen für Flüchtlinge aus der Ukraine und ehrenamtlich Helfende: <https://www.berlin.de/laf/ankommen/fluechtlinge-aus-der-ukraine/>
- Allgemeine und rechtliche Fragen: <https://berlin-hilft.com/ukraine/>
- Handout für Ankommende in Berlin: <https://www.dropbox.com/s/qub0hc1i3602ubg/Handout%20Arrival%20Ukr-Berlin%20Eng-RU-UA.pdf?dl=0>
- Direkte Hilfen an den Bahnhöfen – Vernetzung über Telegramgruppen: <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1r8sn0eh7iPdob4YlxuOsZ9lnhQHm9AwcQF7WYQmcpa4/edit#gid=816090739>
- Hilfen des Bundesinnenministeriums für Flüchtlinge (D/Uk/Rus): germany4ukraine

Schienenbrücke der Deutschen Bahn in die Ukraine für Hilfstransporte

Seit einigen Tagen bietet die Deutsche Bahn in Zusammenarbeit mit der Ukrainischen Eisenbahn eine Schienenbrücke für größere Hilfslieferungen in die Ukraine an. Unternehmen, die sich hier mit größeren Mengen beteiligen wollen, wenden sich bitte an:

Tel. 030-720 220 640, Mail: schienenbruecke-ukraine@deutschebahn.com

https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart_zentrales_uebersicht/DB-startet-Schienenbruecke-mit-Hilfsguetern-in-die-Ukraine-7342490

Materialwirtschaft/Logistik

Der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik BME hat einen Info-Point rund um den Konflikt in der Ukraine aufgebaut. Mehr Informationen dazu finden Sie hier:

[Info Point: Ukraine-Konflikt - BME e.V.](#)

Lebensmittel

BMEL: Es gibt eine Koordinationsstelle für Lebensmittelhilfen in die Ukraine Kontakt: E-Mail: info@lebensmittelhilfe-ukraine.de.

Medizinische Güter

Verbände der Arzneimittel- und Medizinproduktehersteller und des pharmazeutischen Großhandels bieten Unterstützung bei der Erbringung von Hilfsleistungen an. Die besondere Herausforderung besteht dabei darin, gespendete Arzneimittel und Medizinprodukte unter den dynamischen Bedingungen eines laufenden Krieges zu den Betroffenen in die Ukraine zu bringen. Um dies zu gewährleisten, arbeiten die Verbände mit dem [Deutschen Medikamenten-Hilfswerk action medeor e.V. \(action medeor\)](#) zusammen. Action medeor ist auf die Lieferung medizinischer Güter in Katastrophengebiete spezialisiert und verfügt über zuverlässige Partner in der Ukraine. Die Hilfsorganisation übernimmt selbst den Transport in die Ukraine, ihre Partner die Verteilung innerhalb des Landes, medeor konzentriert sich derzeit auf die Deckung eines großvolumigen Bedarfs in der Ukraine und bittet um Spenden in größerem Umfang.

[Sachspenden](#), idealerweise palettenweise, sollten medeor mitgeteilt werden.

Ansprechpartnerin ist Frau Noelia Martinez (Telefon: 02156 9788-144, E-Mail: ukraine@medeor.de). Im Gespräch mit den Hilfsorganisationen können die Details der Lieferung oder Abholung der Spenden geklärt werden.

Medeor übernimmt die notwendigen Formalitäten (u.a. Zollformulare), bittet jedoch darum, dass gespendete verschreibungspflichtige Arzneimittel im Fälschungsschutzsystem ausgebucht werden.

Bei großen Spenden medizinischer Güter (30 Paletten = 1 LKW-Ladung) kann die Spende direkt am Lager des Unternehmens vom ukrainischen Partner von action medeor abgeholt und in die Ukraine transportiert werden.

Mit der Spende von medizinischen Gütern und deren Verbringung außerhalb der Europäischen Union verbinden sich einige rechtliche Fragestellungen.

In Bezug auf Betäubungsmittel hat das Bundesministerium für Gesundheit am 6. März 2022 mit einer Allgemeinverfügung den Export in die Ukraine gestattet. In der Verfügung des BMG wird ferner klargestellt, dass Arzneimittel, die keine Betäubungsmittel sind, keiner Ausfuhrgenehmigung bedürfen; dies gilt auch für Medizinprodukte.

Mit Blick auf weitere Rechtsfragen regen die Verbände an, vor den jeweiligen Spenden Rücksprache mit den zuständigen Überwachungsbehörden zu nehmen.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner der Verbände gerne zur Verfügung. Selbstverständlich sind bei [action medeor](#), ebenso wie bei anderen Hilfsorganisationen, wie z.B. dem [Deutschen Roten Kreuz](#), auch Geldspenden willkommen.

Energiewirtschaft

Die energiewirtschaftlichen Verbände BDEW und VKU stehen mit BMWK und GIZ im Austausch zur Koordination von Unterstützung aufgrund von Hilfsersuchen ukrainischer Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft. Die beiden Verbände haben hierzu eine Koordinierungsstelle gebildet.

Ansprechbar sind Annika Herzhoff, Fachgebietsleiterin (herzhoff@vku.de, 030 58580 389), Nadine Gerks, Bereichsleiterin (gerks@vku.de, 030 58580 170) und Dr. Jörg Rehberg, Fachgebietsleiter (joerg.rehberg@bdew.de, 030 300 199-1211). BG, Alexander Götz (VKU)

Kontakt für humanitäre Hilfe in der ukrainischen Regierung

Koordinationszentrale der ukrainischen Regierung für:

- humanitäre Hilfe von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen;
- Unterstützung der Militärverwaltungen und Gemeinden durch große ukrainische Unternehmen, ausländische Firmen und Ausländer;
- Unterstützung durch die Behörden auf Ersuchen der Militärverwaltungen und Gemeinden.

Internationale Organisationen, ausländische Unternehmen und Ausländer, bitte senden Sie Ihre Vorschläge zur Unterstützung hierhin:

iwanttohelpukrainians@gmail.com

Auf folgenden gemeinsamen Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses
möchten wir hinweisen:

Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Zivilgesellschaft in
Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen in der Ukraine
unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die
Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich an der Hilfsaktion der
Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine
zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht oder zuhause
von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-
Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt,
können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der
Johanniter:

Spendenkonto:
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00
Bank für Sozialwirtschaft
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

Rotary hilft.



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

1. Country -
2. Name -
3. City/town -
4. Phone number (für WhatsApp?) -
5. Amount of people I can host -
6. For how long I can host -
7. What I can offer in addition -

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPUBLIK

Weitere Links von Initiativen:

Spenden an Aktion Deutschland Hilft

[❤️ Online Spenden - Spenden Sie hier . Aktion Deutschland Hilft \(aktion-deutschland-hilft.de\)](#)

MitOst-Spendenaktion für die Zivilgesellschaft

[#StandWithUkraine – MitOst](#)

Übersicht zu Hilfsangeboten/Möglichkeiten

Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine-Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier:

[@ukrainehelpberlin | Linktree](#)

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Websites Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen.

Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Kontakt:

Andreas Metz

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

German Eastern Business Association

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | A.Metz@oa-ev.de

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

